

„Gute Bildung für alle!“

Politische Matinee der Tübinger Linken am Sonntag, den 16.12.2007

Liebe Anwesende!

Meine Ausführungen wurden angekündigt als zwei Berichte vom Stuttgarter und vom Hamburger Bildungskongress der Linken. Ich habe mich entschlossen, die Ergebnisse beider Kongresse in einige grundsätzliche Ausführungen zur Bildungspolitik einzuarbeiten. Gleichzeitig möchte ich eure Erwartungen ein bisschen dämpfen. Es wird uns in der Kürze der Zeit nicht gelingen, alle wichtigen Aspekte des Bildungswesens in BaWü zu diskutieren.

„Eine gute Bildung für alle“ – unter diesem Motto möchte ich drei Fragen ansprechen:

- welche Haupttendenzen im öffentlichen Bildungswesen gibt es gegenwärtig aus unserer Sicht in BaWü?
- Was bedeutet aus Sicht der Linken „Eine gute Bildung für alle“?
- Welche nächsten Schritte sollten wir für unser Ziel unternehmen?

Annette Schavan hat Baden-Württemberg als ‚Bildungsbaustellen-Ministerin‘ mit riesigen Schlaglöchern verlassen. Die große Zahl von Modellprojekten hat zu einer neuen Unübersichtlichkeit im öffentlichen, allgemein-bildenden Schulwesen geführt. Entsprechend dem Motto „Im Trüben lässt sich’s gut fischen“ wird das viergliedrige Schulwesen immer zersplitterter. Neben den Haupt- und Realschulen gibt es in den Gymnasien drei, bzw. vier verschiedene Züge mit Englisch als erster Fremdsprache, Französisch als erster Fremdsprache, Englisch oder Französisch bilingual und neuerdings flächendeckend die so genannten Hochbegabtenzüge bereits ab der Grundschule. Diese Aufsplitterung hat nichts mit einer Verbesserung individueller Förderung zu tun, sondern führt zusammen mit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G 8) zu einem enormen Leistungsdruck auf die Kinder. Der Tübinger Pädagogik-Professor Ulrich Hermann bezeichnet G8 zu Recht als „bildungspolitischen Sozialdarwinismus“, denn G 8 verwandelt die selbst bestimmte freie Lebenszeit in eine fremdbestimmte Paukzeit unter staatlicher Kontrolle. Bei drei- bis viermal Nachmittagsunterricht und 37 Wochenstunden überleben nur die Stärksten. Der Druck auf Eltern und Schüler wird dadurch erhöht, dass angesichts der Massenarbeitslosigkeit viele Eltern versuchen, den besten Bildungsabschluss für ihre Kinder zu erhalten. Nach der Aufsplitterung des Universitätsstudiums in ein Massenstudium (Bachelor) und ein Elitestudium (Master) und dem Ranking mittels der „Exzellenz“-Initiativen soll die Eliteteilbildung jetzt auch an Schulen Einzug halten, zur Erhöhung des Leistungsdrucks für alle Schüler. Gleichzeitig werden aber die Gymnasien gegen die anderen Schularten abgeschottet. Ganz offen spricht dies Direktor Linsenbolz vom Reutlinger Friedrich-List-Gymnasium aus:

„Seit G 8 gibt es noch weniger Durchlässigkeit. Der Aufstieg ist de facto ausgeschlossen.“ So hat kürzlich auch Bundespräsident Köhler für die Elitebildung geworben und die Bundeswehr zum Vorbild für Auslese und Elitebildung an den Schulen gemacht: Deutschland brauche bessere Schulen und Universitäten, Hochbegabte müssten besser gefördert werden. Es gebe im Öffentlichen Dienst kaum ein Pendant zur generalstabsmäßigen Offiziersauslese der Bundeswehr. Mit der Aufspaltung des Schulwesens verschärft sich auch die soziale Auslese. So stellt auch der offizielle Schulbericht der Stadt Tübingen fest, dass in keinem anderen europäischen Land eine so enge Korrelation (d.h. Beziehung) zwischen sozialen Indikatoren und dem Bildungserfolg der Kinder besteht (Schulbericht der Stadt Tübingen, S.60 f.). Die verdeckte soziale Auslese beginnt bereits im Kindergarten durch die Kindergartengebühr und setzt sich fort in der Wahl der weiterführenden Schule. Dort haben viele Eltern nicht mehr die Chance, ihren Kindern angesichts des Unterrichtsausfalls den Nachhilfeunterricht, die zusätzlichen Lernmittel, die Klassenfahrten usw. zu bezahlen. In den Ganztagschulen sind Schulkantine und Zusatzangebote kostenpflichtig, so dass bereits jetzt viele Eltern ihre Kinder nicht auf Ganztagschulen anmelden, aus Angst sich zu verschulden.

Am schärfsten wirkt die soziale Auslese an unseren Schulen durch die Streichung des Förderunterrichts und durch überfüllte Klassen, weil unterschiedliche Lernvoraussetzungen nicht mehr ausgeglichen werden können. Die Folgen:

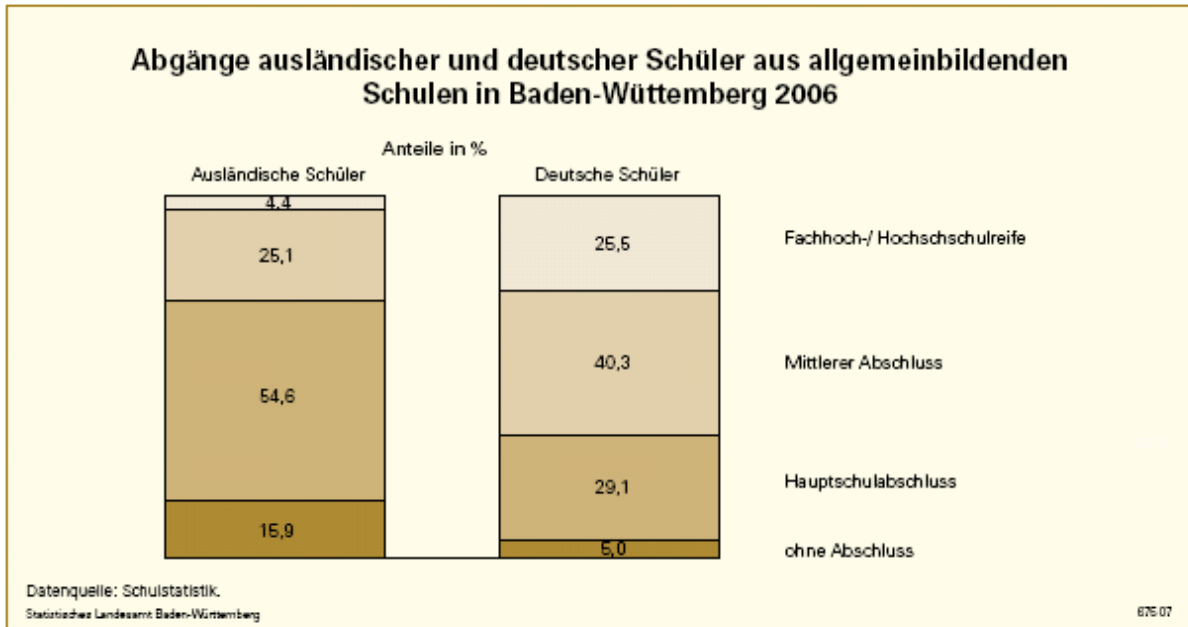
- 20 Prozent aller Hauptschüler verlassen die Schule ohne genügend lesen und rechnen zu können
- Jede dritte Jugendliche/r im Alter von 15 Jahren musste bereits ein Schuljahr wiederholen; 2006 gab es allein an den beruflichen Schulen 4.000 Wiederholer und 3.000 Durchfaller, davon 1.000 beim Abitur an beruflichen Schulen (bildung und wissenschaft 10/2007, S.34). Dies alles ist eine gigantische Verschwendung von Lebenszeit und Bildungsausgaben!
- 8.400 Schüler verließen 2005 die Schule ohne jeglichen Abschluss und sind ohne berufliche und Lebensperspektive. Denn von den Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag hatten 2006 in BaWü nur 1,5 Prozent keinen Schulabschluss.

Damit wird deutlich: BaWü ist weder ein „Kinderland“ noch eine „Bildungslokomotive“, denn mit diesen Zahlen liegt es weit über dem negativen Bundesdurchschnitt. Die neueste Studie „Entwicklungen und Strukturen des Arbeitsmarktes in Baden-Württemberg“ (Dez. 2007) stellt fest, dass BaWü auch mit 21 Prozent der Erwerbstätigen ohne beruflichen Abschluss schlechter als der Bundesdurchschnitt ist.

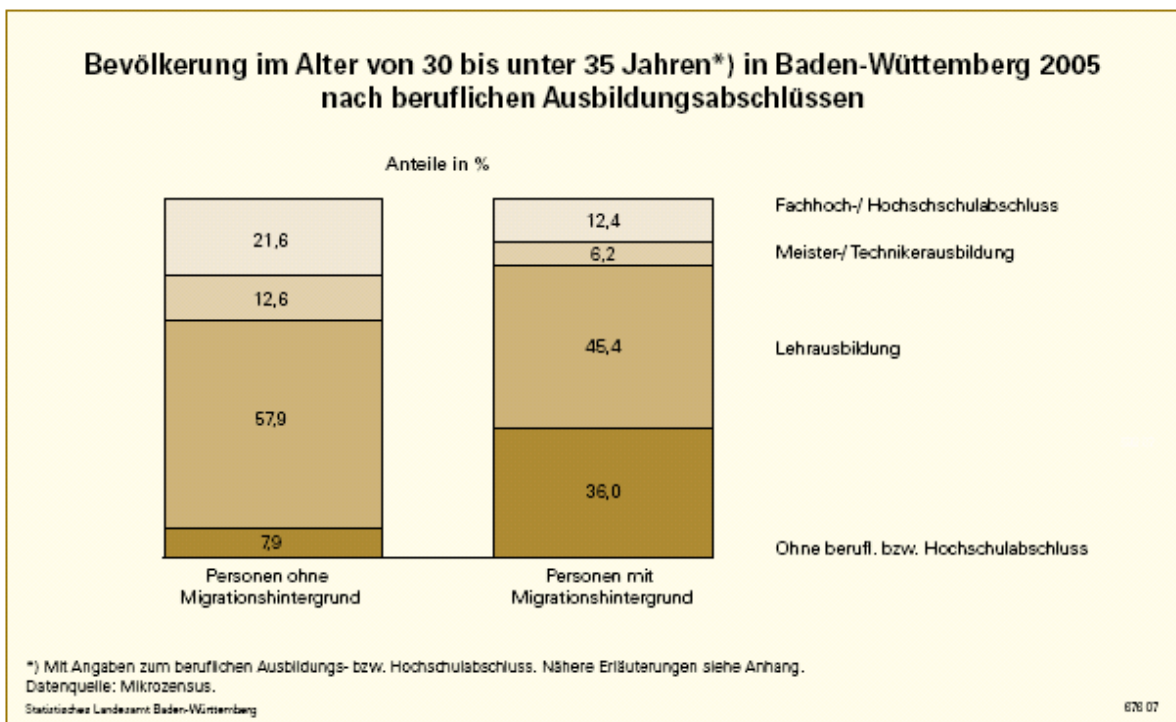
Die soziale Auslese hat auch aber einen ethnischen Aspekt, denn von ihr sind Kinder mit Migrationshintergrund besonders betroffen. Mit 2,7 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund liegt BaWü bundesweit mit an der Spitze: Jeder dritte Jugendliche unter 18 Jahren hat Migrati-

onshintergrund! Deshalb sollte man annehmen, dass die Landesregierung in der Integration eine besonders wichtige Aufgabe sieht. Pustekuchen! Nichts davon, nada, niente!

Während von den deutschen Schülern 26 Prozent eine Fach- oder Hochschulreife besitzen, sind es nur 4 Prozent der Migrantenkinder, beim Hauptschulabschluss dominieren sie dagegen mit 55 Prozent. Noch krasser ist es bei fehlendem Schulabschluss: Der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund ist mit 16 Prozent dreimal so hoch wie der mit 5% für deutsche Schüler.



Dies setzt sich bei den Lehrlingen fort: Jugendliche ohne beruflichen Abschluss haben zu 36% einen Migrationshintergrund, viermal so viel wie deutsche mit 7,9% ohne Abschluss!



Wer glaubt, im ‚bildungsnahe‘ Tübingen sei das viel anders, wird enttäuscht. Der städtische Schulbericht stellt fest: „Obwohl die Übergänge von Kindern ohne deutschen Pass an Gymnasien mit 33 Prozent im Jahr 2005 weit über dem Landesdurchschnitt (von 11,5 %) liegen, haben nur 4 % der Schulabgänger mit Abitur keinen deutschen Pass.“ (35) Frage: Was passiert mit den restlichen 29 % während ihres Schullebens?

Liebe Anwesende!

Diese scharfe soziale und ethnische Auslese von Schülern in BaWü liegt sicherlich nicht allein an der Inkompetenz eines Ministers, der noch nie in einer Klasse unterrichtet hat. Vielmehr ist die Krise der Hauptschule nur die Spitze des Eisbergs in unserem Schulsystem. Die gegenwärtige Mängelwirtschaft mit dem enormen Unterrichtsausfall, die katastrophale Einstellungspolitik von gut ausgebildeten Referendaren am Ende des letzten Schuljahres, die Einrichtung von Ganztageschulen nach dem „Windhundprinzip“ und deren mangelhafte Ausstattung mit pädagogischem Fachpersonal – dies alles sind keine Zufallsprodukte, sondern gewollte Ergebnisse einer Bildungspolitik, die auf eine Absenkung des unentgeltlichen Bildungsniveaus für die große Mehrheit der Bevölkerung bei gleichzeitiger Elitebildung einer kleinen Minderheit zielt. Die entscheidenden Ziele der Landesregierung sind Absenkung der Bildungsausgaben um jeden Preis, die Umformung der Schulen in Wirtschaftsunternehmen mit betriebswirtschaftlicher Rechnungsführung und die Verschärfung der Auslese.

Zu der Kinderarmut kommt die Bildungsarmut. Der Professor für Wirtschaftswissenschaften in Frankfurt am Main, Manfred Pohl, langjähriger Mitarbeiter der Deutschen Bank und der Bertelsmann-Stiftung, schreibt in seinem neuesten Buch „Das Ende des weißen Mannes“: „Die rund fünf Prozent der Menschen, die intellektuell in der Lage sind, geistige Höchstleistungen zu vollbringen, etwa durch Erfindungen, müssen frühzeitig aus dem Durchschnitt herausgefiltert und spätestens nach dem Kindergarten spezifisch gefördert werden. Die etwa 30 Prozent, die Erfindungen umsetzen, installieren, warten oder Bildung weitergeben können, bedürfen ebenfalls eines eigenen Bildungsweges, genauso wie die restlichen 65 Prozent, die Maschinen bedienen und einfache geistige Arbeiten verrichten. Von ihnen ist etwa ein Drittel nicht bildungsfähig, egal wie viele Millionen für ihre Bildung aufgebracht werden.“

Pohl formuliert nur in besonders aggressiver Weise die Ziele der Lissabon-Strategie für den Bildungsbereich, wie sie die neueste Arbeitsmarktstudie aus Stuttgart von letzter Woche klar formuliert: Ausweitung der unsicheren Beschäftigungsverhältnisse durch schlecht bezahlte Frauenarbeit, hohen Anteil von nicht-sozialversicherungspflichtigen Jobs und befristeten Arbeitsverträgen und ethnische Auslese von Personen mit Migrationshintergrund für den Niedriglohnbereich. Damit wird klar, warum die CDU und FDP das viergliedrige Schulsystem mit sei-

ner sozialen und ethnischen Auslese auf jeden Fall beibehalten wollen:

Erwerbslosenquote*) der Bevölkerung in Baden-Württemberg 2005 nach Migrationshintergrund und ausgewählten beruflichen Ausbildungsabschlüssen

Berufliche Ausbildungsabschlüsse	Erwerbslosenquote		
	Insgesamt	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund
	Anteile in %		
Fachhoch-/ Hochschulabschluss	3,8	2,5	9,7
Lehr-/ Anlernausbildung	6,6	5,3	11,5
Ohne beruflichen bzw. Hochschulabschluss	12,3	9,4	15,8
Insgesamt	7,1	5,2	12,8

*) Die Erwerbslosenquote berechnet sich als Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen. Nähere Erläuterungen siehe Anhang.
Datenquelle: Mikrozensus.

Was bedeutet nun „Gute Bildung für alle“?

Während die politische Klasse die Bildungsausgaben senken und zwecks Elitebildung die Auslese verschärfen will, kann es der arbeitenden Bevölkerung nicht egal sein, wie die Mehrheit der Kinder aufwächst und was sie lernt. Denn zum einen geht es darum, dass jedes Kind die Chance haben muss, all seine Fähigkeiten und Interessen möglichst gut auszubilden, um seine Arbeitskraft später möglichst teuer zu Markte zu tragen. Zum zweiten ist die Durchsetzung des Menschenrechts auf Bildung eine Grundfrage des Zusammenhalts einer Gesellschaft, eine Frage für das Überleben der Demokratie. Über die gemeinschaftliche Bildung werden Traditionen, Werte, Kenntnisse aus vielen Jahrhunderten und Wissensbereichen und Verhaltensweisen von einer Generation zur nächsten weiter gegeben. Wer diesen Zusammenhang gefährdet, der stellt die gesellschaftliche Entwicklung und die Demokratie in Frage.

Aus diesen beiden Aspekten, dem individuellen und dem gesellschaftlichen Aspekt, treten wir für das Grundrecht auf umfassende Bildung, unabhängig von der sozialen oder ethnischen Herkunft, unabhängig von Geschlecht oder Religionszugehörigkeit ein. „Gute Bildung“ heißt umfassende Bildung, die nicht auf abfragbare Kenntnisse beschränkt werden darf. Diese Bildung dient der Entwicklung der Würde und Persönlichkeit eines Menschen und wird in einem sozialen Prozess erworben. Die Afrikaner sagen dazu: „Zur Entwicklung eines Kindes braucht man ein ganzes Dorf.“ Für uns heißt das: Kinder dürfen nicht im Alter von 10 Jahren nach ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft oder nach ihrer Behinderung aussortiert werden. Sondern sie

müssen den gemeinschaftlichen, solidarischen Umgang miteinander lernen, die Stärken und Schwächen eines jeden respektieren lernen. Deshalb treten wir für „Eine Schule für alle“ ein, d.h. alle Kinder mit ihren je individuellen Fähigkeiten werden in der Gesellschaft gebraucht – kein Kind ist überflüssig! Deshalb lernen sie gemeinsam, wohnort- und lebensnah, und lernen, aufeinander Rücksicht zu nehmen. Diese Chancengleichheit ist keine Gleichmacherei. Im Gegenteil ist das Sortieren im Alter von 10 Jahren die reinste Willkür und sortiert alle Kinder in Schubladen, ohne auf ihre verschiedenen Lerngeschwindigkeiten oder Begabungen Rücksicht zu nehmen.

Wie weiter in der gegenwärtigen Bildungskrise?

1. Wir brauchen ein gesellschaftliches Umdenken: Die Schüler sind nicht für ein völlig überholtes Schulsystem aus dem 19. Jahrhundert da, sondern die Schule muss sich den Bedürfnissen der Schüler anpassen.
2. Wir brauchen keine formale Zusammenlegung von Haupt- und Realschule, um aus diesem Schulverbund eine neue Hauptschule zu machen. Wir brauchen eine wohnortnahe Gemeinschaftsschule, als ersten Schritt bis zur 6. Klasse mindestens, dann bis zur 10. Klasse mit dem Realschulabschluss als Regelabschluss, damit alle Schüler eine Chance auf eine Lehrstelle bekommen. Es ist ein gesellschaftlicher Skandal, dass inzwischen 10 Prozent der Jugendlichen an die Wand gefahren werden.
3. Ich halte es für eine Zukunftsfrage unserer Demokratie, ob es uns gelingt, die soziale und ethnische Ausgrenzung von immer mehr Jugendlichen zu verhindern. Deshalb treten wir für eine materielle Chancengleichheit ein: Die Lernmittelfreiheit in der Landesverfassung ist für alle Schüler wieder herzustellen, als erster Schritt, indem alle Schüler eine Grundausstattung bei der Einschulung, freie Fahrten zur Schule, ein gebührenfreies Schulessen und kostenfreie Zusatz- und Förderangebote erhalten.
4. Deshalb brauchen Kinder mit Migrationshintergrund besondere Aufmerksamkeit und Fördermöglichkeiten, als ersten Schritt integrative Sprachprogramme vom Kindergarten durchgängig bis zum Abitur, weil es ein Skandal ist, dass diese Kinder mit guten Chancen in allen Schularten auf der Strecke bleiben. Wichtig dazu ist eine Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen.
5. Auch in der Integration von Kindern mit Behinderung hat BaWü völlig versagt: Während im Bundesdurchschnitt immerhin 13 Prozent der behinderten Kinder integriert sind, sind es in BaWü nur ein Prozent. Die gleichberechtigte Teilnahme von Behinderten am gesellschaftlichen Leben ist elementar für einen solidarischen Umgang untereinander!

6. Die solidarische Zusammenarbeit zwischen Eltern, Lehrer und Schüler verschiedener Schultypen muss verbessert werden, zum Beispiel könnten sie in den Schulen Erhebungen über die Missstände im Unterricht, in den Schulgebäuden und in der Förderung erheben und diese öffentlich bekannt machen. Dieses Material kann die wichtigsten Forderungen begründen helfen und eine Grundlage für ein breites Bündnis von Eltern, Lehrern und Gewerkschaften sein.

Wir sind uns bewusst, dass die politische Klasse überhaupt keinerlei Interesse an einer umfassenden Entwicklung der Persönlichkeit von arbeitenden Menschen hat: Die Hartz-IV-Gesetze sollen arbeitende Menschen demütigen und ihnen ihre Würde nehmen, damit sie gefügiger sind und unwürdige Arbeitsbedingungen schlucken. Deshalb werden wir uns nicht sofort durchsetzen. Aber wir haben gute Chancen, breite gesellschaftliche Bündnisse zu schließen, wie die Hamburger Volksinitiative „Eine Schule für alle“ zeigt, in der die SPD, die Grünen, die Linken, die GEW und die Lehrer- und Elternkammern zusammengeschlossen sind. Daran lasst uns auch hier arbeiten und dieses Thema zu einem zentralen für die nächsten Kommunal- und Landtagswahlen machen.

Ich danke euch für eure Aufmerksamkeit!